

# Korrespondent

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

51. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 13. November 1913

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt, Versammlungs-, Vergütungsinhalte usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 132

Des Buftlags wegen erscheint Nr. 135 erst am 22. November. Die für die Zeit vom 17. bis 21. November bestimmten Bekanntmachungen usw. müssen daher bis 15. November früh in unsern Händen sein.

### Aus dem Inhalte dieser Nummer:

**Artikel:** Der Berliner Gauvorstand und der Beschluß der Berliner Prinzipale. — „Zeitschrift“ und Maschinenfeßer. — Wie der Gutenbergsbund von den Prinzipalen gepöppelt wird.

**Das Buchgewerbe im Auslande:** Österreich. — Belgien.

**Korrespondenzen:** Bezirksverein Odahn. — Düsselhof (M.-S.). — Flensburg. — Koburg. — Stendal. — Wiesbaden.

**Rundschau:** Offene Arbeitersekretariate. — Genossenschaftliche Zigarettfabrikation. — Arbeitslosenversicherung und Unternehmer. — Hanfabund und Arbeitswilligenklub. — Streikbrecher und Reichsgericht. — Stohlenpreise und Bodenreform.

**Berechnung des Verbandsschaffers und Protokollauszug aus den Vorstandssitzungen im zweiten Quartale 1913.**

## Der Berliner Gauvorstand und der Beschluß der Berliner Prinzipale

Die „Mitteilungen für die Mitglieder des Vereins der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer“ vom 10. November enthalten gegen den im Leitartikel der vorigen Nummer besprochenen auffälligen Beschluß des Vereins Berliner Buchdruckerbesitzer eine Verwahrung nachfolgenden Wortlauts:

Die „Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker“ vom 24. Oktober enthält einen Bericht über eine Versammlung des Vereins Berliner Buchdruckerbesitzer, aus dem hervorgeht, daß in dieser Versammlung bei 54 anwesenden Mitgliedern mit 29 Stimmen der Beschluß gefaßt worden ist, daß für die Folge jedes Mitglied des Vereins der Geschäftsstelle denselben über den Stellenwechsel jedes einzelnen Gehilfen und über die Ursache hierzu Kenntnis zu geben hat. Zweck dieser Kontrolle soll angeblich sein, unbrauchbare Gehilfen von der Benutzung des Arbeitsnachweises auszuschließen. Die Veröffentlichung dieses Beschlusses ist erfolgt mit dem ausdrücklichen Bemerkung, daß diese Maßnahme im Einverständnis mit dem Gehilfenverband in Aussicht genommen sei.

Demgegenüber erklärt der Gauvorstand, daß von einer solchen Zustimmung weder seitens des Gauvorstandes noch seitens des Hauptverbandes die Rede sein kann, und daß deshalb diese Behauptung in jenem Versammlungsberichte direkt unwahr ist.

Der Gauvorstand hat zu dieser Sache bereits Stellung genommen, zum Teil auch in Versammlungen; er befreit den Prinzipalen das Recht, solche Beschlüsse zu fassen, da es sich hierbei um Angelegenheiten handelt, deren Erledigung nur den Kreisvertretern bzw. dem Tarifamte zusteht.

Ebenso hat der Gehilfenvertreter hierüber Beschwerde beim Prinzipalvertreter geführt, der inzwischen mitgeteilt hat, daß er diese Beschwerde an den Vorstand des Vereins Berliner Buchdruckerbesitzer weitergereicht habe. Um Befreiung der noch ausstehenden Antwort hat der Gehilfenvertreter bereits ersucht. Von dem zu erwartenden Bescheide wird es abhängen, welche Stellung die Berliner Gehilfenschaft zu dieser Sache, die für sie gänzlich unannehmbar ist, in Kürze einzunehmen hat.

Damit wäre dem unverständlichen, vom Gehilfenstandpunkt einfach abzuweisenden Beschlusse der Berliner Prinzipalversammlung, in der selbst fast die Hälfte der Anwesenden dagegen stimmte, und zwar wegen der Befreiung, mit einem solchen Brauch eine Berrufserklärung zu begeben, eine präzise Antwort gegeben. Auch ist aus dieser Erklärung zu ersehen, welche Schritte gegen diese höchst eigenartige und eigenmächtige Maßnahme unverzüglich unternommen worden sind.

Wir teilten in voriger Nummer bei Besprechung dieses recht befremdenden Vorkommnisses bereits mit, daß der „Typ.“, bei dem es sonst Vertretung von beruflichen und gewerb-

lichen Interessen nicht gibt, sich darüber wie ein Hungernder über einen fetten Bissen hermacht. Natürlich wieder nicht, um Gehilfeninteressen dabei zu wahren, sondern um die leitenden Personen des Verbandes zu verleumdern.

Wir möchten daher der Erklärung noch eine Aufklärung anfügen, die einiges Licht auf die Entstehung dieser seltsamen, logar verblüffenden Geschichte wirft, wozu wir durch erhaltene zuverlässige Information in der Lage sind. Der Berliner Gauvorstand wandte sich Anfang dieses Jahrs an den Berliner Prinzipalverein zwecks Herbeiführung von Maßnahmen zur Einschränkung des Überstundenunwesens und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. An der bald darauf stattfindenden Sitzung nahmen außer einigen Prinzipalen zwei Vertreter des Verbandsvorstandes und drei Vertreter des Gauvorstandes sowie ein Vertreter des Tarifamtes teil. Es wurden Vorschläge verschiedener Art gemacht, welche jedoch seitens der Gehilfen nicht akzeptiert werden konnten. Bei der Frage der Benutzung des Arbeitsnachweises wurde seitens der Prinzipalität der Vorschlag gemacht, diejenigen Gehilfen, welche wiederholt wegen „ungenügender Leistungen“ entlassen worden sind, dem Gehilfenvertreter bekanntzugeben und diesen Gehilfen unter bestimmten Modalitäten Gelegenheit zu geben, eine gewisse Zeit nachzulernen. Auch auf diesen Vorschlag konnten die Vertreter der Gehilfenschaft nicht eingehen. Es kann also von getroffenen Maßnahmen unter Zustimmung der Gehilfenvertreter keine Rede sein.

In dem Bericht über die Prinzipalversammlung in Nr. 85 der „Zeitschrift“ heißt es aber: „Auch seien diese Maßnahmen im Einverständnis mit dem Tarifamt und dem Gehilfenverband in Aussicht genommen.“ Das sind sehr kühne Kombinationen, denen die leitenden Personen auf Gehilfenseite jedoch nicht zu folgen gewillt sind.

Das verleumdende Geschwafel des „Typ.“, das auch wieder so unlogisch wie nur denkbar ist, übergehen wir am besten mit Nichtachtung. Wer aus dem gekennzeichneten Beschluß eine Renannde der Prinzipalität für die von dem Tarifauschusse getroffene Regelung der Aufstuferteilung bei Konditionsannahme zu decheln versteht, der zeigt nur, wie sehr das Demütigungsanwendwerk bei ihm in Übung gekommen ist. Aber das unehrliche Bundespapier kommt auch in diesem Falle nicht auf seine Rechnung.

## „Zeitschrift“ und Maschinenfeßer

Den Artikeln gegen die Maschinenfeßer in der „Zeitschrift“ ist zwar, nach ihrem Werte bemessen, schon genügend Raum zur Entgegnung gewidmet worden. Was in unserm Organ aber zu den Angriffen gesagt wurde, war durchweg in sachlicher Tone gehalten, nicht in verletzenden Worten und Stil, den die „Zeitschrift“-Artikel vielfach aufwiesen. Kühn und objektiv wies man die Anschuldigungen zurück. Jeden Leser des „Korr.“ muß dies angenehm berührt haben. Sollte die „Korr.“-Redaktion mit den gleichen Waffen kämpfen lassen wie auf der andern Seite, so wären wir Maschinenfeßer jedenfalls auf keinem hohen Bildungsgrad eingeschätzt worden.

Ebenso erfreulich war, daß viele Entgegnungsartikel im „Korr.“ mit voller Namensunterchrift versehen waren; ein Zeichen, daß man das Niedergeschriebene auch zu verantworten bereit war. Wie war dies in der „Zeitschrift“? Dort wurde von den zahlreichen Artikeln nicht ein einziger unterzeichnet mit Namen, trotzdem doch jene Herren nicht etwa Konsequenzen zu befürchten haben wie die im „Korr.“ artikelnden Gehilfen. Man hat sich wohl geniert vor seinen eigenen Kollegen, die manchmal ganz offenbaren Kallfolligkeiten mit ihrem Namen zu denken.

Es wird selbstverständlich kein Mensch den Prinzipalen verbieten wollen, in ihrem Organe, wenn sie es für nötig befinden, den Maschinenfeßern die Meinung zu sagen. Aber man hätte dies in einer Form tun sollen, daß sich die Angegriffenen nicht verletzt und beleidigt fühlen müssen. In der Sache selbst will ich noch einige besonders interessante Stellen der „Zeitschrift“-Artikel streifen.

In Nr. 61 wird angegeben, statisch durch die Prinzipale feststellen zu lassen, „wieviel von den vorhandenen Maschinenfeßern (aller Systeme) nicht in der Lage sind,

den tariflich festgesetzten Leistungen unter normalen Arbeitsverhältnissen zu entsprechen, ferner wie wenige von ihnen in der Lage sind, weniger gut geschriebenes Manuskript halbwegs richtig ablesen zu können“. Was man als „normale Arbeitsverhältnisse“ ansehen kann, darüber gehen die Meinungen ja oft weit auseinander. Wenn z. B. die Schmalzmaschine in einem vorher als Küche benutzten Raume mit Steinplattenboden steht, ohne Heizungsgelegenheit, dicht am Rücken des an der Maschine Beschäftigten der Küchenbrunnen, der fortwährend benutzt wird, so daß man infolge dieser Mängel im Winter sich recht dick bekleiden muß, wodurch die Beweglichkeit der Arme gehemmt ist, mit aufgeschlagenem Rocktragen, schlafenden Knien und Armen dalbst, so bezeichne ich ein solches Arbeitsverhältnis nicht als normal. Der betreffende Prinzipal findet die Sache aber in der Ordnung. Wo anders sieht man den ganzen Tag mit der brennenden elektrischen Birne vor der Stirn an der Maschine, oder man hat viel mit Formata, Schriftkegels-, Schrift- oder Magazinwechsel zu tun. Derartige Arbeitsverhältnisse sind nicht normal.

Ofters kommt es auch vor, daß der Prinzipal resp. dessen Vertreter zu einem Maschinenfeßer sagt: „Hören Sie, ich habe letzte Woche Ihre Sachleistung kontrolliert; Sie haben zu wenig geleistet.“ Fragt der Gehilfe dann: „Haben Sie auch die Zuschläge für Spaltintertes, Einhängen, feste Stellen, in die Mitte oder nach hinten ausgeschlossene Stellen, ferner für schlecht lesbare Manuskript, für die zahlreichen Formatumstellungen, Schriftwechsel, die längere Ruhezeit am Sonnabend usw. usw. in Anrechnung gebracht? Haben Sie auch den zwischenhinein gelesten Propetstschuß mitberechnet?“ Dann bekommt man zu hören: „Nein!“ Der Faktor berechnet manchmal auch den veralteten und deshalb nicht verwendeten Satz nicht, sondern er nimmt eben den Zeilenmesser und mißt den Satz in der Zeitung, vergißt — oder weiß vielleicht gar nichts von der Bestimmung im Tarife — schließlich auch den Zuschlag für schmales Format zu berechnen. Das ist aber keine richtige Berechnung des Satzes!

Kommt ein ordnungsliebender Maschinenfeßer in einen Betrieb, wo vorher Murksler oder Anfänger gekauft haben, und verwendet nun jeden Tag einige Zeit zur Instandsetzung der Maschine, dann bummelt er. So könnte man unangenehme sogenannte normale Arbeitsverhältnisse aufzählen. Wie fräurig sieht es nur in manchen Druckereien, vorwiegend den kleineren, mit den Beiderverhältnissen aus! Was wird da manchmal alles an die Maschine gebracht, um den Vorrat zu ergänzen! Aber — das sei dem Herrn h-m-e. in der „Zeitschrift“ gesagt, der meiner Ansicht nach auch Vater anderer Artikel ist, wenn auch unter andern Signum — in einem Betriebe mit wirklich normalen Arbeitsverhältnissen wird sich der Prinzipal selten zu beklagen haben, daß die Leistungen seiner Maschinenfeßer, vorausgesetzt, daß diese sich nicht aus Anhängern rekrutieren, nicht denjenigen seinerseits resp. den tariflich festgesetzten entsprechen.

Was gutes und was schlechtes Manuskript ist, darüber herrschen ebenfalls verschiedene Meinungen vor. Nur ein Beispiel: Ein Parlamentarier schickte einer Zeitung Stimmungsbilder über die Kammeritzungen. Wegen notorischen Papiermangels benutzte er hierzu, was er gerade zur Hand bekam. Bedruckte Speifen- und Weinkarten aus den Eisenbahnpostwagen bekam man öfters, mit Bleistift beschrieben, als Manuskript. Einmal mußte sogar eine Zeitung als Manuskriptpapier herhalten, indem etwa sechs Zentimeter breite Streifen am Rand abgetrennt wurden. Und was für eine Handschrift besaß dieser gute Mann! Das war schon mehr Stenogramm. Bei solchem Manuskript geht natürlich viel Zeit verloren, mag man noch so guter Manuskriptfeßer sein. Welches Urteil aber fällt der Prinzipal über dieses Manuskript? Er glaubte es im Berechnungsfalle mit 2 1/2 Proz. genügend entschädigt!

Wenn übrigens jener „Zeitschrift“-artikler mit den Worten: „Wie wenige Maschinenfeßer in der Lage sind, weniger gut geschriebenes Manuskript halbwegs richtig ablesen zu können“, sagen will, die Maschinenfeßer seien im großen Ganzen schlechte Manuskriptfeßer, ja, welche Berufsart soll dies dann besser können, da doch die Maschinenfeßer tagtäglich ein außerordentliches Quantum verarbeiten müssen, also im Leben doch zweifellos die befruchteten sind? Wenn es trotzdem schlechte Manuskriptfeßer gibt, so liegt bei diesen meist die Ursache darin, daß sie mit mangelhafter Vorbildung in den Buchdruckerberuf eingetreten sind. Solche Elemente, die die Gehilfenschaft völliheit mehr schädigen wie die Arbeitgeberschaft, fernzuhalten von unserm Berufe liegt aber doch in erster Linie in der Hand der Prinzipale.

Dort muß der Hebel angelegt werden, wenn das Durchschliffen der Gehilfen besser werden soll.

Im selben Artikel erzählt dessen Verfasser, daß er bei einem Monotypsetzergeheude 25 Offizien erhalten hat — netter Beweis des notorischen Maschinenlehramangels! — wählte daraus einen Renommierlehrer mit 10000 Buchstaben und wunderte sich dann, daß er hereingefallen ist. Manche Prinzipale wollen es gar nicht anders haben. Weil einzelne, besonders talentierte Maschinenlehrer hohe Leistungen erzielen, möchten die Herren auch einen solchen Geher, und zwar nicht selten für möglichst wenig Geld. Da nun aber gerade die Nichtskönner gewöhnlich in den Inleraten und Offizien alles Mögliche und Unmögliche versprechen, weil sie eben keine Zeugnisse besitzen, die Tüchtigkeit und Praxis nachzuweisen, deshalb der Reinfall mit solchen Engagements.

Im Nr. 78 der „Zeitschrift“ meint ein Herr D. D., „daß ein Prinzipal seinen Gehilfen gern 100 Mk. pro Woche zahlt, wenn es das Geschäft nur vertragen würde“. Da haben wir es: Der Prinzipal behauptet, daß er nicht mehr zahlen kann, weil es das Geschäft nicht vertragen kann, und umgekehrt der Gehilfe, daß er gern mehr Buchstaben sehen würde, wenn es nur seine physische Kraft vertragen würde. Verlangt also der Prinzipal, daß der Gehilfe seinen guten Willen anerkennt, dann kann umgekehrt, will man konsequent sein, auch der Gehilfe verlangen, daß der Prinzipal seinen guten Willen anerkennt. Aber fast dessen wirkt man den Gehilfen Zurückhaltung mit den Leistungen vor, obwohl diese den Prinzipalen in ebenso vielen Fällen nachzuweisen wäre.

Auf die gleiche Weise kann man alle übrigen Klagen des Herrn D. D. abtun, auch betreffs des dem Gehilfen resp. dem Maschinenlehrer anvertrauten großen Kapitals, das dieser gewissenhaft zu verwalten hätte. Hinter dieser Ausführung folgt dann Herr D. D. den Satz an: „Im großen und ganzen scheinen unter dieser Sache (der Maschinenlehrer) aber nicht gerade allzuvielen Vertrauenspersonen zu sein.“ Wirklich, Herr D. D., es gehört viel dazu, eine solche Beleidigung eines ganzen Standes auszusprechen! Die Sechsmaschinenbesitzer, die Gerechtigkeitsgefühl besitzen — ich denke, daß es solcher unter dieser Sparte mehr gibt, als D. D. Vertrauenspersonen unter den Maschinenlehrern vermutet — müssen von D. D.'s Anlichkeiten nichts weniger als angenehm berührt sein, wie es auch die Maschinenlehrer nicht wären, wenn Angehörige ihrer Sparte in solchen Gedankengängen gegen die Prinzipale im „Korr.“ schreiben würden. Daß die Maschinenlehrer auch darauf in sachlichem Ton erwiderten, so kann dies als Beweis gelten, daß sie auf einem beachtenswerten Niveau der Polemik sich bewegen.

Wie menschenrühmlich übrigens Herr D. D. bei seiner schriftstellerischen Tätigkeit gegen die Maschinenlehrer ist, geht aus folgenden Zeilen hervor: „Daß die Arbeit an der Sechsmaschine geradezu die Nerven zutrennt, ... die meisten selbst die wenigsten Maschinenlehrer glauben, ... Wir wissen alle, daß Nervosität auf das körperliche Bestehen großen Einfluß ausübt; Magerkeit ist in der Regel die erste Folgeerscheinung. Wer die Mehrzahl unserer Maschinenlehrer anlehrt, der wird sich in dieser Beziehung bald ein andres Urteil bilden können“. ... Was mag wohl D. D. seine Wissenschaft geklopft haben? Im „Mater“, Band III, Seite 496/97, ist unter „Nervenschwäche, Nervosität und Neurasthenie“ zu lesen: „Das Traurigste bei diesem Leiden ist aber die Tatsache, daß die Kranken vielfach von ihrer Umgebung für „eingebildete Kranke“ gehalten werden. Insbesondere, wenn der körperliche Leidenszustand hauptsächlich durch mehr oder minder schwere Symptome geistiger Art zum Ausdruck gelangt. Die irrtümliche Ansicht, daß sich der Nervenkranke sein Leiden nur einbilde, erfährt noch eine Unterstützung durch den Umstand, daß Nervenseidende vielfach blühend und wohlgenährt aussehen. Aberflüchtige Gräber! Hinter der Körperfülle und dem geröteten Antlitz verbergen sich Mattigkeit, Abspannung und nervöse Schwäche. Die lipplige Ernährung, die einem durch und durch überreizten Nervensystem ihr Entstehen verdankt, ist keine natürliche und kräftige. Unter diesen wohlgenährten Nervensystemen befinden sich nicht wenige, die, weil sie ihr gutes Aussehen im Spiegel wahrnehmen, nicht an ein vorhandenes Leiden glauben. Die unablässige Aufregung, in der sie sich befinden, halten sie als einen Ausdruck von Kraft.“

Es ist also danach eher anzunehmen, daß sich unter den Maschinenlehrern weit mehr Nervensysteme und Nervenschwächen befinden, als man annimmt und als durch Statistiken festzustellen ist.

Am Schlusse meiner Ausführungen möchte ich noch meinen Spezialkollegen zurufen: Erfüllen wir Maschinenlehrer unsere Pflicht nach bestem Wissen und Gewissen; streben wir danach, unsere Kenntnisse nach Möglichkeit zu bereichern; streben wir aber auch danach, uns gewerkschaftlich auf der Höhe zu halten in engem Zusammenhange, dann werden solche Angriffe, wie sie in der „Zeitschrift“ erfolgt sind, uns auch in der Zukunft nicht anhaben können! Freiburg i. Br. Emil Kalkenbach.

Anmerkung der Redaktion: Wir haben schon lange die Wahrnehmung gemacht, daß die „Zeitschrift“ von den Maschinenlehrern in Gehilfenkreisen am meisten gelesen wird. Sie wissen, ihre Position ist die exponiertere. Wenn dann weniger oder mehr gepöbelte Artikel in Prinzipalsorganen gegen die Maschinenlehrer erscheinen, so sind Gegenartikel der angegriffenen, manchmal sogar ganz unüblich auf dem genannten Maschinenlehrer erklärterweise die Folge. Nachdem wir in diesem Frühjahr reichlich viel Kritik für die Maschinenlehrer verbraucht haben, überließen wir bei Anbruch des zweiten Heftjahres schreibgewandten resp. schreibfähigen Kollegen die Abwehr in eigener Angelegenheit. Selbstverständlich nicht allein; wir gaben auch

das Anfrige dazu. Aber abgesehen davon; daß für die Redaktion Hochkonjunktur auf andern Gebieten herrschte, an ein Verpussten anscheinend überhaupt nicht mehr zu denken ist, war es notwendig, von der attackierten Seite auch selbst das Notwendige sagen zu lassen. Anerkennungswürdigerweise geschah das fast durchweg in sachlicher Form als in der „Zeitschrift“. Wo es einmal nicht zutrifft, halten wir nach, denn wir sagen uns, nicht die starken, sondern die trefflicheren Worte sind es, die Eindruck machen. Gegen den Gutenbergsbund als eine in parlamentarischer Ausdrucksweise überhaupt kaum noch zu bezeichnende Vereinigung können schon die härteren Register gezogen werden, weil man mit dieser honorigen Gesellschaft sich gar nicht mehr sachlich auseinandersetzen kann. Die Polemik gegen fragliche Artikel in der „Zeitschrift“ stand insofern noch auf einem respektablem Niveau, als man den Prinzipalen — wenden wir einmal ein ihnen geläufiges Wort an — ihren Beistand wohl lassen wollte, während umgekehrt die Tendenz fast aller Artikel zum Ziele hatte, den Maschinenlehrern weiter zu nehmen, obwohl an Leistungen ihnen schließlich noch etwas aufzupacken jedenfalls nicht vereinzelt leuchtig ist. Die Diskussion hat nun Klarheit geschaffen, und drüben scheint das Pulver verschossen zu sein. Warten wir daher einmal ab, ob eine dritte Kampagne kommen wird. Wir können ja den Maschinenlehrern verraten, daß selbst aus ihren Reihen uns gesagt worden ist, zu kurz seien sie wahrhaftig nicht im „Korr.“ gekommen. Die Redaktion hat aber mit allen Sparten zu rechnen und auch dafür zu sorgen, daß das Allgemeininteresse den Rücksichten auf Einzelgruppen übergeordnet bleibt. Sollte von Prinzipalsseite vorderhand noch weiter Gefallen an diesem Thema gefunden werden, so überlasse man der Redaktion, darauf entsprechend zu erwidern, eventuell ziehen wir unsere Mitarbeiter dazu heran oder geben das Signal zu einer allgemeinen Debatte. Wir möchten nicht den Vorwurf hören, der der „Zeitschrift“ zu machen ist, daß nämlich die Gehilfenschaft zügel- und ziellos attackiert wurde.

## Wie der Gutenbergsbund von den Prinzipalen gepöppelt wird

Einen Posttag leider zu spät nahm ein Artikel nach Leipzig seinen Weg, der zu dem in voriger Nummer über die Litigation zugunsten des Bundes Gesagten vortrefflich gepaßt haben würde. Auch daraus ist zu ersehen, daß die G. m. b. H. Gutenbergsbund — statt Haftung kann hier ein andres Wort gelesen werden, das einen sinngemäßen Zusammenhang mit der vorausgedachten Eigenschaft „beschränkter“ hat — sich nicht im geringsten beschweren kann über etwa mangelnde Protegierung von Prinzipalsseite. Wir haben schon früher erklärt, wie nam die Behauptungen des Bundes und seines Organs aufzufassen hat; dieser Art, immer das Gegenteil von dem Gesagten oberhalb ethisch Bekräftigten anzunehmen, hat sich wohl als immer richtig erwiesen. Die vielen Klagen über Benachteiligung der Bündler bei Einstellungen und Bevorrugung von Verbandsmitgliedern erhalten bei näherem Zusehen doch ein ganz andres Aussehen. Da wird uns in diesem aus einer großen Stadt an der Grenze zwischen Mittel- und Süddeutschland zugegangenen Artikel berichtet, wie man in der dortigen Zentrumsdruckerei alte Verbandsmitglieder wegen Arbeitsmangels gehen ließ, wofür als Ersatz gleich ein ganzes Rippchen Bündler von auswärts kam. Der Arbeitsnachweis in jener Großstadt hat aber allein an Sechern mehr als 100 Arbeitslose vermerkt. Wer ist denn hier der wirklich Benachteiligte? Etwa der Gutenbergsbund? Ach nein, für den regen sich zu viele Seelen und Hände, daß er gar nicht alle Aufträge effektuieren kann. Das kleine Artikelchen über bündlerischen Schwindel in der vorigen Nummer behandelt ja dokumentarisch eine vielsagende Episode aus Königsbütte.

Indes, es sind auch schon Beweismomente in unsere Hände gelangt, daß Druckereien sich gegenseitig dieses so begehrte Gehilfenmaterial zuführen. Da schreibt eine Firma mit Zentrumsblatt an eine ebenso gerichtete größere in größerer Stadt, daß sie einen tüchtigen Drucker gebraucht, um dessen Überlassung ersuchend, wie man etwa ein Fah Farbe bestell. Auch der Vermerk: „NV. oder Gutenbergsbündler bevorzugt“, klingt so geschäftsmäßig, als sollte damit gesagt werden: Natürlich Qualität soundso, wie bekannt und wie gehabt. Dieses Zeugnis aus neuester Zeit beleuchtet recht hübsch, wie in einem andern, aber doch fastfächlichen Sinne die Bündler „aus einer Arbeitsstätte nach der andern herausgedrückt“ werden, worüber das „Vaterland“ in Dresden so drohlige Krochodistränen vergoß (siehe Nr. 130). Es ist wohl auch der Zeitpunkt nicht mehr fern, wo Bündler verhandelt werden wie die entbehrlichen „wilden“ Gehilfen von Viehweg in Braunschweig an Reismann-Grone in Essen.

Würde die deutsche Buchdrucker-Gehilfenschaft im allgemeinen nicht so auf Reinhaltung ihrer Arbeiterrechte bedacht sein, was ihr ansichts des so verschiedlichen ausgiebigen Zwanges hoch anzurechnen ist, dann würde das Großpöppel des Gutenbergsbundes durch einen Teil der Prinzipalität effektive Lachschüsse werden. So aber hängen die Trauben zu hoch, dieweil die bündlerischen Wasser gar zu frühe laufen.

## Das Buchgewerbe im Auslande

Österreich. Die österreichischen Tarifberatungen werden voraussichtlich am 17. November beginnen. Für die Einhaltung dieses Termins ist es jedoch keineswegs

belanglos, ob es gelingt, die Schwierigkeiten zu beseitigen, die schon vor dem Zusammenritte des Tarifberatungsausschusses entstanden sind. Im wesentlichen sind diese zurückzuführen auf die inzwischen veröffentlichte Tarifvorlage der Prinzipale, deren Inhalt von der Gehilfenschaft als Propagation ausgefaßt wird. Der Ernst der Situation wird am besten beleuchtet durch folgendes Schreiben, das der österreichische Verbandsvorstand am 4. November an den Reichsverband österreichischer Buchdruckermeister sandte:

Der Verbandsvorstand hat sich mit der vom Reichsverband österreichischer Buchdruckermeister zugegangenen Tarifvorlage eingehend beschäftigt. Er ist zur Erkenntnis gekommen, daß es auf Grund dieser Tarifvorlage unmöglich ist, in Beratungen über die Revision des bestehenden Normallohn tariffs einzutreten. Der Verbandsvorstand ist der Meinung, daß es sich hier um solche weitgehende prinzipielle Differenzen handelt, daß es unmöglich ist, zu einem gedeihlichen Endergebnisse zu gelangen.

Um unnützes Beraten und Verschwenden von Zeit und Geld zu vermeiden, was durch die Zugiehung von auswärtigen Delegierten zur Tarifkonferenz verurteilt würde, hält es der Verbandsvorstand am einfachsten, an den Reichsverband österreichischer Buchdruckermeister die Frage zu stellen, ob dieser bereit ist, insbesondere in bezug auf die Arbeitszeit, die Beschäftigung, die Bestimmungen für die Drucker und Maschinenmeister, die Beibringe und die Bestimmungen für die Maschinenlehrer seinen Standpunkt grundlegend zu ändern. Allerdings sind in der Tarifvorlage noch andre Bestimmungen enthalten, die wir ablehnen müssen, von denen wir aber glauben, daß sie kein direktes Hindernis des Zusammentritts der Tarifkonferenz bilden würden.

Des weitern beanstandet der Verbandsvorstand den Mangel von tariflichen Bestimmungen für die Schriftgießer in der uns übermittelten Tarifvorlage.

Durch dieses Schreiben des Verbandsvorstandes, das an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt, wird die Entscheidung über Krieg oder Frieden im österreichischen Buchdruckgewerbe den Prinzipalen überlassen. Die Vertretung der Gehilfenschaft war bei der Aufstellung ihres Tarifentwurfs bemüht, im Rahmen des Möglichen und Erreichbaren zu bleiben und Forderungen zu vermeiden, die der Leistungsfähigkeit des Gewerbes nicht entsprechen würden. Erhöht dem läßt der Tarifentwurf der Prinzipale nicht das geringste Entgegenkommen gegenüber den begründeten Anträgen der Gehilfenschaft erkennen. Den umstrittensten Punkt dürften auch in Österreich die Maschinenlehrerbefimmungen bilden, insbesondere die Einführung des Berechnens. Ein eigener Paragraph mit nicht weniger denn 29 Absätzen enthält die Einzelheiten der Berechnungssatz. Gelernte Seher sollen nach dem Tarifentwurf der Prinzipale nur an den gegenwärtig eingeführten Systemen verwendet werden, bei neuen Systemen hat der Tarifentscheid die Einführung vorzunehmen. Die Leistungen sollen in Höhe der Erhöhung erfahren. Der Erhöhung der Buchstabenanzahl reißt sich im Prinzipalsentwurf eine Verkürzung der Lohnzuschläge um die Hälfte an. Außerdem soll eine Verlängerung der Arbeitszeit eintreten, und Überstunden will man in Zukunft beliebig viele von den Gehilfen zu fordern berechtigt sein. Einschneidender Natur sind ferner die Maschinenmeisterbestimmungen. Die Unfertigung von Zureichungen außerhalb der Druckerei soll zulässig sein, ebenso die Selbstarbeit der Korrektoren im gegenseitigen Einverständnis. Die „Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker“ bemerkt zu dem Tarifentwurf der österreichischen Gehilfenschaft, wie er im „Korr.“ erschien, folgendes: „In Deutschland wird der Verlauf der Verhandlungen mit besonderem Interesse verfolgt werden. Daß die österreichischen Prinzipale weiter auf das Berechnen an den Sechsmaschinen verzichten werden, hält man in deutschen Prinzipalskreisen allerdings für ausgeschlossen. Auch sonst werden die österreichischen Buchdruckergehilfen noch manchen Liter Wasser in den brauenden Wein ihrer Forderungen schütten müssen.“ Aus diesen Bemerkungen ging schon hervor, welches großes Interesse die deutschen Prinzipale am Verlaufe der österreichischen Tarifbewegung haben. Wie wir unsern Lesern nun in voriger Nummer durch den Abdruck eines Schreibens des Herrn Haberland (Leipzig), des zweiten Vorsitzenden des Deutschen Buchdruckervereins, mitteilen konnten, sind die deutschen Prinzipale bereits von Worten zur Tat, an der Bewässerung der österreichischen Gehilfenforderungen mitzuwirken, übergegangen. Ans denkt, es wäre verdienstvoller und wohl auch logischer gehandelt, wenn die deutschen tariffreien Prinzipale die Erhaltung des gewerblichen Friedens in Österreich nicht durch bereitwillige Stimmungsmaße bei den sachlichen Setzungsverlegern unnötig gefährdeten.

Belgien. In Gent, Mons und Alost hatten sich Buchdrucker, Lithographen und Buchbinder vereinigt, um gemeinsam bessere Lebensverhältnisse zu erzielen. Nach unzähligen Geduldsproben, die unsere Kollegen bestanden, ist nun endlich in Gent ein Vergleich zustande gekommen. Am jede Handbreite Terrain wurde gekämpft. Im Verbandsorgane vom 1. November wird als Resultat folgendes Ergebnis aufgeführt: Arbeitszeit 10 Stunden, Stundenlohn 45 Cent. ab 1. Januar 1914, 46 Cent. 1915, 47 Cent. 1916, 49 Cent. 1917 und 50 Cent. 1918. Die Prinzipale lehnen es nicht ab, eine Arbeitszeitverkürzung in dieser Tarifperiode in Erwägung zu ziehen, jedoch ohne jede Verbindlichkeit. Bedenkt man, daß mit diesem Ergebnis ein großer Fortschritt erzielt wurde, so entsteht ein unliebsamer Kontrast zwischen dem Geprunkte der Gentler Weltausstellung unserer Kulturprodukte und den Lebensverhältnissen ihrer Erzeuger. Dabei handelt es sich noch um die Biennere, wie mag es erst in andern Berufen aussehen? — In Bruges konnte ein Lokalkonflikt zu gutem Ende ge-

—

brach werden trotz der verzweifelten Anstrengungen der sogenannten Christlichen, die ihre Nächstenliebe wieder in der sonderbarsten Weise befaßigten. Da gerade von dieser Sorte die Rede, sei auch kurz dem Ende ihrer „großen Mission“ in Brüssel gedacht in der Angelegenheit der Vermögensbeschlagnahme der Brüsseler Sektion im April dieses Jahrs. Am 6. und 7. Oktober beschickte ich abermals das Gericht mit den sonderbaren Wünschen der früheren „Kollegen“, und am 23. Oktober wurde das erste Urteil befaßt, das die Freigabe des Vermögens als richtig anerkannte und die Ernennung eines Verwalters ablehnte. Entgegen dem Antrage der Gelben, dieser Wunsch entspringe politischen Motiven, heißt es im Urteile, den Verwaltern der Verbandskasse könne in keiner Weise ein Vorwurf über unlautere Geschäftsführung gemacht werden. Nach diesem Ausgang ist es etwas erstaunlich, warum die behördlich angeordnete Bilanz aufrechterhalten wurde trotz der regelmäßigen Veröffentlichungen über den Kassenbestand seitens unserer Kollegen. Auch zum Antrage der Gelben, die Auflösung herbeizuführen, nahm die Behörde nicht klipp und klar Stellung. Sollte dieses traurige Kapitel aus der Arbeiterbewegung noch mit weiteren Überraschungen aufwarten?

## □ □ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □ □

**E. Bezirksverein Achalm.** Die diesjährige Herbstbezirksversammlung, welche am 26. Oktober in Reutlingen abgehalten wurde, hatte erfreulicherweise einen guten Besuch zu verzeichnen. Es waren 39 Kollegen aus Reutlingen, 6 aus Mühlingen, 6 aus Nürtingen, 2 aus Ulm und 1 aus Mühlingen, außerdem noch ein Gast aus Stuttgart anwesend. Bevor in die Tagesordnung eingetreten wurde, gedachte der Vorsitzende unseres in Nürtingen verstorbenen Prinzipalsmitglieds Bayer in ehrenvollen Worten. Darauf hielt Kollege Kayser (Stuttgart) ein großzügiges Referat über: „Rückblicke und Ausblicke im Buchdruckgewerbe“. Er kam nochmals auf die Breslauer und Meßer Prinzipalsitzung zu sprechen, besonders die in ersterer gehaltenen Beschlüsse unterzog er einer genauen Betrachtung; ebenso behandelte er die letzte Tarifabschließung und unsere Generalversammlung, freilich auch noch kurz den Konflikt der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine mit den Buchdruckern. Reicher Beifall lohnte dem Redner für seine trefflichen Worte. Nach Ablegung des Kassenberichts konnte die Versammlung mit einem Hoch auf den Verband geschlossen werden. — Nachmittags fand noch allgemeiner Ausklang nach Einfindlingen statt.

**Düsseldorf.** (Maschinenlehre.) Am 2. November fand hier die Quartalsversammlung der Maschinenlehrevereine Rheinlands-Westfalens statt. Eingeleitet wurde die Versammlung durch zwei Gedächtnisreden des Kollegenvereins „Gutenberg“, die mit großem Beifall aufgenommen wurden. Unter „Geschäftlichem“ rügte der Vorsitzende die mangelhafte Ausfüllung der statistischen Fragebogen. Bezüglich der Internationalen Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik wurde mitgeteilt, daß eine Anregung gegeben sei, Pfingsten 1914 von Köln aus einen Sonderzug abfahren zu lassen; es könnten sich dann, wenn eine genügende Anzahl Kollegen sich an der Fahrt beteilige, die Maschinenlehre, die die Ausstellung besuchen wollen, anschließen. Die in letzter Zeit in der „Zeitschrift“ erschienenen Artikel gegen die Maschinenlehre wurden einer Kritik unterzogen und auf ihren Zweck und ihr Ziel „gewürdigt“. Es kam u. a. zum Ausdruck, daß ein wirklicher Rückgang der Leistung bei den Firmen zu konstatieren sei, wo kein ordnungsmäßiges Manuskript geliefert würde, und hier der Rückgang nicht auf das Konto des Maschinenlehres, sondern auf ein andres zu setzen. Die Gehilfen hätten alle Verantwortung, als Gegenstück zu der neu in der „Zeitschrift“ veröffentlichten Monotypkorrektur, ebenfalls manche Korrekturipalpen der Herren Akademiker zu veröffentlichen, wo man oft vor lauter Änderungen den Sach nicht mehr wiedererkennen kann. Der Punkt „Technisches“ zeitigte eine lebhaftige Aussprache. Der gedruckte vorliegende Kassenbericht pro drittes Quartal wurde zur Kenntnis genommen und dem Kassierer, Kollegen Harms, einstimmig Entlastung erteilt. Aufgenommen wurden 18 und ausgeschlossenen 8 Kollegen.

**Flensburg.** (S. Chr. Heismann f.) Am 6. November wurde plötzlich und unerwartet ein Kollege aus unserer Mitte gerissen, dessen Scheiden eine große Lücke für unsern Ortsverein bedeutet. Geboren im Rheinlande, trat der Entschlafene nach Beendigung einer harten Lehrzeit im Jahre 1871 dem Verbands bei und hat seitdem an der Entwicklung desselben mitgearbeitet. Bald darauf nach Flensburg gekommen, wurde seine Begabung bald erkannt und er mit dem Posten des Ortsvorsitzenden betraut, welches Amt er mit großer Unterbrechung etwa 40 Jahre bis zu dem im Juli d. S. erfolgten Niederlegung bekleidete. Bis zur Silberverlegung des Gaus Schleswig-Holstein nach Kiel (1906) war der Verstorbenen auch reichlich 30 Jahre Gauvorsitzer. Infolge Wechsels des Besitzers mußte Kollege Heismann seinen 32 Jahre lang in der „Flensburger Norddeutschen Zeitung“ innegehabten Arbeitsplatz verlassen und wurde, nachdem er einige Gastrollen in kleineren Druckereien gegeben, bei der hiesigen Ortskrankenkasse angestellt, wo er bis zum Ablebensvorsitzer aufrückte. Auch in der übrigen Arbeiterschaft wurde der Rat Heismanns gern gehört, manche beherzigenswerte Anregung wurde von ihm gegeben. Der Entschlafene wurde am 8. November unter großer Beteiligung der Kollegen, von Vertretern der Arbeiterschaft, Freunden und Bekannten nach dem Bahnhof geleitet, um am nächsten Tag in Hamburg-Ohlsdorf durch Feuer bestattet zu werden.

Dem allezeit treuen Kollegen rufen wir ein „Ruhe sanft!“ in die Ewigkeit nach. — Am 9. November wurden die irdischen Überreste des Kollegen S. Chr. Heismann, des früheren langjährigen Gauvorsitzers von Schleswig-Holstein, in Hamburger Krematorium feuerbestattet. Eine größere Anzahl Kollegen hatte es sich nicht nehmen lassen, dem Verstorbenen die letzte Ehre zu erweisen. Nach dem Lied „Ein Sohn des Volkes“, vorgelesen von der Niederfeld „Gutenberg“, ergriff Kollege Fr. Runkler das Wort, um in schlichter, zu Herzen gehender Weise der Verdienste des Toten um unsre Organisation zu gedenken. Mit dem Gesang „Über den Sternen“ schloß die einfache, aber würdige Feier.

**Koburg.** Die Herbstversammlung unsres Bezirks fand am 2. November im „Alten Schießhaus“ zu Koburg statt; sie war von etwa 150 Kollegen besucht. Kollege Florstich erstattete den Kassenbericht für das dritte Quartal 1913. Daraus war zu entnehmen, daß auch in diesem Quartal eine erhebliche Arbeitslosigkeit zu verzeichnen war. Dem Kassierer wurde einstimmig Entlastung erteilt. Hierauf hielt Kollege Bruno Dreher (Weipzig) einen Vortrag. Der Redner verstand es in meisterhafter Weise, die geschichtliche, technische und gewerkschaftliche Entwicklung des Buchdruckergewerbes den Anwesenden vor Augen zu führen. Wohlverdienter Beifall lohnte die eineinhalbstündigen Ausführungen. Eine Diskussion wurde nicht gewünscht. Als Ort der nächsten Bezirksversammlung wurde Sonneberg bestimmt. Am auch den Humor zu seinem Rechte kommen zu lassen, verlas der Vorsitzende noch einige Stellen aus dem vom „Typ.“-Redakteur verfaßten und auch in unserm Bezirke zum Teil zur Verbreitung gekommenen „Wißblatt“: „Das Unterstützungsweisen des Buchdruckerverbandes und des Gutenbergbundes“. Am meisten imponierte der Kollege, der 600 km weit umzieht und dessen sechs Kinder als Fahrgeldentschädigung 6 × 600 Pf. = 36 Mk. erhalten, weil sonst die Rechnung mit der 1 Mk. nicht stimmen würde. — Am gleichen Tage, vormittags 11 Uhr, wurde die vom Verbande der Deutschen Typographischen Gesellschaften veranstaltete Wanderdruckschenausstellung mit einem vorfreudigen Referate vom Kollegen Dreher (Weipzig) eröffnet. Die Ausstellung hatte sich eines guten Besuchs zu erfreuen. Zu den Kosten der Ausstellung bewilligte die Stadt Koburg 50 Mk., die Herren Buchdruckereibesitzer Colbacht und Maschke 20 bzw. 10 Mk., wofür auch an dieser Stelle unser Dank ausgesprochen sei. Der Gesangsverein „Graphia“ hatte es sich nicht nehmen lassen, die Bezirkskollegen durch einen schönen Männerchor zu erfreuen.

**Jch. Bezirk Stendal.** Die Herbstbezirksversammlung fand am 2. November am Vororte statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung erfreute der Gesangverein „Gutenberg“ durch zwei Lieder, die unter Leitung des Hgl. Obermusikleiters, a. D. Mertens, exakt zum Vortrage kamen. Nachdem der Bezirksleiter Ripke den als Referenten erstellten Verbandsvorsitzenden, Kollegen Bößlin (Berlin) und den vom Gauvorkand anwesenden Kollegen Böß (Halle) den Willkommensgruß entboten hatte, erfolgte die Aufstellung der Präzisenliste. Nach dem Berichte des Bezirksleiters sind Ofterburg und zwei Offizinen in Salzwedel nach wie vor die Schmerzenskinder der Altmark. In Salzwedel haben vor kurzem „vier Eiserne“ ihren Einzug gehalten. 13 Gehilfen sind durch diese Einführung arbeitslos geworden. Jetzt werden diese wohl zur Einsicht gekommen sein, wie furchtbar sie waren, daß sie dem zu wiederholten Malen gestellten Anfinnen, sich dem Verband anzuschließen, nicht Folge leisteten. Die gezahlten Löhne der aus dem eignen Betrieb angeleiteten Maschinenlehre sposten jeder Beschäftigung. Alsdann hielt Kollege Bößlin einen Vortrag über das gewiß zeitgemäße Thema: „Der Verband der Deutschen Buchdrucker und seine Taktik“. Er führte u. a. aus: Als Stendaler Kind habe er Interesse für seine Vaterstadt und glaube hier das nötige Verständnis für die Notwendigkeit der Organisation zu finden. Am der Kapitalkraft der Unternehmer gegenüber gewappnet zu sein, sei ein dringender Zusammenschluß aller Kollegen erforderlich. Wie wenig Verständnis herrsche noch in den einzelnen Arbeiterkategorien für gewerkschaftliche Ziele, und da sollten die Buchdrucker, die als die Pioniere der Arbeiterschaft angesehen werden, der übrigen Arbeiterschaft die Wege zeigen, die sie in der ersten wirtschaftlichen Umwälzung zu wandeln habe. Unsre Gewerkschaft, welche in drei Jahren auf ein 50 jähriges Bestehen zurückblicken kann, ist die älteste Deutschlands und hat gute Erfolge zu verzeichnen. 93 Proz. der Kollegen sind unter ihrem Banner vereint und genießen die segensreichen Einrichtungen des Verbandes. Mit Recht kann man sagen: Von der Lehre bis zum Grabe steht das Kassenwesen hinter seinen Mitgliedern. Die Einführung des Tarifvertrags, der sich über ganz Deutschland mit seinem einseitigen Lohngebot erstreckt, hat den Gehilfen das Mitbestimmungsrecht eingeräumt. Die letzten Tarifverhandlungen, die 14 Tage währten, haben gezeigt, wie die Vereinbarungen zwischen Prinzipalität und Gehilfenschaft sich immer schwieriger gestalten, da Zugeständnisse seitens der ersteren schwer abzurufen waren. Schon jetzt, noch lange vor der nächsten Tarifberatung zeigt es sich, wie die Kulturerrungenschaft der friedlichen Vereinbarungen von den Scharfmachern bekämpft werde. Mit dem Wunsche, daß jeder Kollege mit regerem Interesse die weitere Entwicklung des Berufs verfolgen und das Pflichtbewußtsein in sich fragen möge, mitzuwirken am Ausbau des Verbandes und des Gewerbes, schloß der Vortragende unter außerordentlichem Beifalle seine vorzüglichen Ausführungen. — Nachmittags vereinte man sich zu einem feucht-fröhlichen Beisammeln im „Waldrieden“.

**Zn. Wiesbaden.** Unsre Monatsversammlung am 27. Oktober war trotz Abhaltens an einem Montage sehr

auf besucht; der beste Beweis, daß die Kollegen dem Bericht vom Gau und dem abgelassenen Hilfsarbeiterfreit das nötige Interesse entgegenbrachten. Zunächst gab Kollege Holzhauser Kenntnis von je einem Zirkulare des Zentral- und Gauverbandes, aus letzterem als besonders wichtig hervorhebend den Hinweis, bei Aufzunehmenden mehr als bisher die nötige Vorsicht in puncto Gesundheitszustand obwalten zu lassen. Außerdem verwies er auf die im Zirkulare des Gauverbandes gemachten Gegenüberstellungen der Leistungen des Gutenbergbundes und des Verbandes, aus welchem am deutlichsten hervorgehe, wo die Rechte der Kollegen am besten gewahrt würden. Am Schluß des „Gesäßlichen“ teilte der Vorsitzende noch mit, daß seit dem 1. Oktober in Limburg ein Lokalzuschlag von 2 1/2 Proz. eingeführt sei. Er bedauerte, daß nur die zum Minimum beschäftigten Kollegen den Zuschlag erhalten haben. Das Aufnahmegesuch eines Kollegen wurde abgelehnt. Nummehr erstattete Kollege Bachert einen ausführlichen Bericht über den Gau und die einzelnen Tagesordnungspunkte durchgehend und die Licht- und Schattenseiten der zur Beratung gestellten Abänderungsaufträge beleuchtend. Die anschließende Diskussion war sehr anregend, und im allgemeinen wurde den in Mainz gefaßten Beschlüssen zugestimmt. Aber den abgelassenen Hilfsarbeiterfreit berichtete Kollege Zimmermann. Eingehend legte er die Ursachen dar, die die Organisationsleitung zum Abbruche der Bewegung bewegen haben. Redner kritisierte scharf das unkollegiale Verhalten einzelner Kollegen während des Konflikt und begründete im Anschlusse daran den Ausschlußantrag des Vorstandes gegen ein Mitglied, dem die Versammlung gegen drei Stimmen zustimmte. Der Vorsitzende befahl sich weiter des näheren mit dem Leitartikel der „Zeitschrift“ und protestierte dagegen, daß man ganz selbstverständliche gewerkschaftliche Maßregeln des Vorstandes als Tarifverletzungen hinzustellen beabsichte. Er drückte die Hoffnung aus, daß das Tarifamt den Herren Prinzipalen auf ihre Beschwerde eine glatte Abgabe zuteil werden lassen möge. In der Diskussion trat allgemein die Ansicht zutage, daß der Vorstand keinesfalls seine Befugnisse überschritten habe. Dem „Korr.“ wurde für die schnelle und scharfe Zurückweisung der Angriffe des Prinzipalsorgans Dank und Anerkennung gezollt. Der Vorstand wurde beauftragt, schärfere Mittel gegen die Maschinenlehre in einer hiesigen Druckerei, die in Permanenz Überstunden leisten und fast jeden Sonntag an der Maschine tippen, anzuwenden, da trotz mehrmaliger Verwarnung keine Besserung, sondern das Gegenteil davon eingetreten ist. Dem Kassenberichte des Kollegen Junior war zu entnehmen, daß das dritte Quartal mit einem Defizit abschließt. Aus diesem Grund und um den durch den Hilfsarbeiterfreit geschwächten „Fonds“ für besondere Zwecke wieder zu ergänzen, wurde der Vorstandsantrag auf Beitragserhebung von 10 Pf. auf die Dauer von vier Wochen mit einem Antrag aus der Versammlung, auf Erhebung von fünf Wochen einstimmig angenommen. Mit Dankesworten an die Kollegen für das lange Ausbleiben schloß der Vorsitzende mit einem Hinweis auf die außerordentliche Versammlung in Gemeinschaft mit den Mainzer Kollegen am 9. November die von sehr gutem Gelste besetzte Versammlung.

## □ □ □ □ □ Rundschau □ □ □ □ □

**Offene Arbeitersekretärstelle.** Für das Arbeitersekretariat in Bremerhaven wird zu möglichst sofortigen Antritt ein weiterer Sekretär gesucht. Ausschluß auf Berücksichtigung hat nur eine tüchtige Kraft, die mit der Sozialgesetzgebung vertraut ist. Die Anstellung erfolgt nach den Bedingungen des Vereins Arbeiterpresse. Bewerbungen sind bis 16. November an Oskar Jeske in Lehe, Hafensstraße 98, einzureichen.

**Genossenschaftliche Zigarrenfabrikation.** Der in voriger Nummer gemeldete Arbeitsstreit in einer Zigarrenfabrik der Großhaukaufsgesellschaft der deutschen Konsumvereine, zu dessen Beilegung gegenwärtig zwischen den Zentralinstanzen der in Frage kommenden Parteien Verhandlungen schweben, dürfte es rechtfertigen, wenn wir über die genossenschaftliche Zigarrenfabrikation nach Umfang und Einrichtung nachfolgenden Aufschluß geben. Anfang des Jahrs 1910 übernahm die Großhaukaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine von der früheren Tabakarbeitergenossenschaft drei Zigarrenfabriken in Hamburg, Frankenberg in Sachsen und Hohenheim in Baden. Die Fabrik in Hohenheim stand auf eigenem Grundstücke, die beiden andern Betriebe waren in gemieteten Räumen untergebracht. Die erfreuliche Entwicklung des Absatzes nach der Übernahme durch die Großhaukaufsgesellschaft führte zu einer starken Vermehrung der Zahl der beschäftigten Arbeiter und nötigte in Verbindung mit den mangelhaften, modernen Anforderungen nicht entsprechenden Räumen in Hamburg und Frankenberg dazu, die Fabrik in Hohenheim zu vergrößern und in Hamburg und Frankenberg Neubauten aufzuführen. Diese umfangreichen Baupläne sind ausgeführt worden. Seit dem 1. November sind alle drei Betriebe in eignen, modernen Gebäuden untergebracht. Daß alle Bauten solid ausgeführt worden sind und einen gediegenen Eindruck machen, ist selbstverständlich. Besondere Bedeutung wurde den Einrichtungen zugewendet, die dem gesundheitlichen Wohlbefinden der in den Fabriken beschäftigten Angestellten dienen. In Hamburger Betriebe sind die Garderoben-, Eb- und Waderäume für männliche und weibliche Angestellte im Kellergebäude untergebracht. Es sind sechs Brause- und ein Wannenbad für Männer und drei Brause- und zwei Wannenbäder für Frauen vorhanden, so daß reichlich Gelegenheit zum Baden gegeben ist. Die Badewäsche wird von der Großhaukaufsgesellschaft

gestellt. Das ganze Gebäude ist mit elektrischer Beleuchtung, einer Niederdruckdampfheizung und einer zentralen Lüftungsanlage ausgestattet. Die Räume für die Heizungs- und Lüftungsanlage sind in einem Tief Keller untergebracht. Es sind vier gute Heizer (Stiefherde) aufgestellt, die den Dampf für die Heizung der Räume, zum Bereiten von warmem Wasser und zur Erwärmung der Frischluft für die Lüftung erzeugen. Die Lüftungsanlage ist nach den modernsten Grundrissen und Erfahrungen erbaut. Die frische Außenluft wird mittels eines großen Ventilators angesaugt und durch einen feinen Wasserfilter geleitet. Damit der richtige Feuchtigkeitsgrad erreicht wird. Hierauf passiert die Luft einen Kohlenfilter, an dem sich alle Staubteilchen niederschlagen, wird sodann durch Heizkörper etwa 4° Celsius über Raumtemperatur erwärmt und so in die einzelnen Räume gepufft. Die Frischluft strömt in den oberen Luftschichten ein, während die verbrauchte Luft am Fußboden durch besondere Kanäle abgeleitet wird. An heißen Sommertagen wird die heiße Außenluft durch verstärkte Belüftung erheblich abgekühlt, so daß auch im Sommer eine angenehme Kühle in den Arbeitsräumen herrschen wird. Im Winter ist ein Luftwechsel von 30 Kubikmeter pro Arbeiter und Stunde vorgehen, während diese Leistung im Sommer auf das Dreifache gesteigert werden kann. In den Fabriken in Sodenheim und Frankenberg sind die hygienischen Einrichtungen von gleicher Vollkommenheit. Als die Großhandels-Gesellschaft im Jahre 1910 die Tabakarbeitergenossenschaft übernahm, waren in dem Hamburger Betriebe 140 Arbeiter beschäftigt. Seit ist die Zahl auf 214 gestiegen. In Frankenberg arbeiten 115 Personen, jetzt werden 191 beschäftigt. In Sodenheim liegt die Zahl der Beschäftigten von 183 auf 556. Ingesamt erhöhte sich die Zahl der Tabakarbeiter von 438 auf 961. In den neuen Fabriken sind Arbeitsplätze vorhanden: in Hamburg für 300 Personen, in Frankenberg für 440, in Sodenheim für 800, zusammen für 1540 Personen. Für die Arbeiter und Arbeiterinnen der drei Fabriken ist mit dem Deutschen Tabakarbeiterverband ein Tarifvertrag abgeschlossen, der in Verbindung mit den jetzt erbauten, allen hygienischen Anforderungen entsprechenden Arbeitsräumen das Personal wesentlich über die im allgemeinen sehr schlechte Lage der Tabakarbeiter hinaushebt.

**Arbeitslosenversicherung und Unternehmer.** In Hannover nahm vor einigen Tagen eine sogenannte Arbeitsnachsprechkonferenz der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände zur Arbeitslosenversicherung Stellung und kam zu einer Resolution, in der u. a. folgendes gesagt wird: „Die Verarmung steht in der Steigerung der volkswirtschaftlichen Produktionsfähigkeit und in der Vermehrung der Arbeitsgelegenheit den wirksamsten Weg zur Einschränkung der Arbeitslosigkeit und ist überzeugend, daß eine Arbeitslosenversicherung die Steigerung der Produktivität erheblich erschweren müßte. Die Unternehmer müssen, nachdem sie eben erst die Reichsversicherungsordnung und das Arbeitsgesetz über die Angelegenheiten der Arbeitslosenversicherung über die Angelegenheiten der Arbeitslosenversicherung ihr zugewandten Lasten ablehnen. Die Konferenz warnt auf das nachdrücklichste vor den für die Volkswirtschaft verhängnisvollen Folgen, die aus einer Überwindung des Versicherungsgedankens und einer immer weitergehenden Verminderung der Selbstverantwortlichkeit sich ergeben. Sie wendet sich endlich entschieden gegen die Förderung des sogenannten Genter Systems, weil dieses eine einseitige Stellungnahme zugunsten der der Arbeiterschaft feindlichen Kampforganisation der Arbeiter bedeutet. Aus diesen Gründen bedauern die Arbeitgeber auf das lebhafteste die Stellungnahme der kgl. Bayerischen Staatsregierung, die in mehreren Erklärungen diese Versicherungseinschränkung empfohlen und gefördert hat.“ In dieser Resolution kommt der Klassenkampfcharakter der Unternehmerverbände mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck. Denn mit keinem Gedanken wird bei dieser Stellungnahme berücksichtigt, daß trotz der grobartigen Steigerung der Produktionsfähigkeit von Jahr zu Jahr die Arbeitslosigkeit immer größer geworden. Der Prozeß der Unternehmer entpinnung in Wirklichkeit nur der Furcht, daß die Arbeitslosenversicherung dazu beitragen könnte, das Los der Arbeiter erträglicher zu machen und sie davor zu schützen, ihre Arbeitskraft mit zunehmendem Alter zu immer schlechteren Bedingungen verkaufen zu müssen. Die Unternehmer wissen ganz genau, daß die Gewerkschaften der Arbeiter mit ihren Bestrebungen auf Erleichterung der Arbeitsverhältnisse auch den Umfang der Arbeitsgelegenheit für Arbeitslose zu steigern trachten, und daß sie dies in noch höherem Maße tun werden, wenn ihnen eine staatliche Arbeitslosenversicherung einen Teil der Lasten abnimmt, die ihnen bisher durch die kapitalistische Profitmacherei und Ausbeutung der menschlichen Arbeitskräfte durch das Unternehmerium erwachsen sind. Sie, die Unternehmer, haben ihre Jagdgründe auf dem Gebiete des Abgebots von Arbeitskräften durch eine Arbeitslosenversicherung bedroht und suchen letztere daher mit allen Mitteln zu hintertreiben. Sie wollen Hof und Glend der Arbeitslosen als dauernde Geißel hinter der Arbeiterschaft geschwungen sehen.

**Sanfand und Arbeitswilligenklub.** Der Sanfandbund, der bekanntlich das Ziel verfolgt, Gewerbe, Handel und Industrie vor einseitigen agrarischen und großindustriellen Machtgeflüssen zu schützen und ehrlicher Arbeit auch ehrlichen Verdienst zu sichern, hat sich neuerdings wieder einmal als Schamacherorganisation den Gewerkschaften gegenüber gezeigt und den Schutz des Streikbrechers auf seine Fahne geschrieben. Das ist das Resultat einer Sitzung des Industrierrats des Sanfandbundes, in der einstimmig folgende Entschliessung das Licht der Welt erblickte: „Der Industrierrat des Sanfandbundes für Gewerbe, Handel und Industrie erachtet es für die Pflicht des Sanfandbundes, daß dem immer schärfer ausgeübten Terrorismus

gegenüber arbeitswilligen Arbeitern mit Entschiedenheit entgegengetreten wird. Unter voller Anerkennung des bestehenden Koalitionsrechts, das der Industrierat unangefastet wissen will, hält er zur Sicherung der freien Entschliessung der Arbeiter in Fällen von Arbeitsfreiheiten folgende Maßregeln für geboten: Es ist zu verlangen, 1. daß für eine gleichmäßige und energische Anwendung der bestehenden polizeilichen und strafrechtlichen Vorschriften zur Sicherung der Ruhe, Bequemlichkeit und Sicherheit des Verkehrs gefordert wird, und daß insbesondere zu diesem Zweck durch das Reich dafür Sorge getragen wird, daß seitens sämtlicher bundesstaatlicher, landespolizeilicher oder provinzieller Behörden künftighin gleichmäßige Verordnungen erlassen werden, durch welche die polizeilichen Exekutivbeamten nicht nur über das Recht, sondern auch über die Pflicht zum Einschreiten bei Streikgefällen an Hand der bestehenden Befehle beehrt werden; 2. die Einführung eines beschleunigten Strafverfahrens durch Abkürzung von Fristen und Verminderung von Förmlichkeiten; 3. die Befestigung der Ausnahmestellung der Gewerkschaften und Berufsvereine durch die Bestimmung, daß der § 31 des StGB, auch auf nicht eingetragene Gewerkschaften und Berufsvereine entsprechend anwendbar ist; 4. die Ergänzung und Abänderung der §§ 240, 241 des Strafgesetzbuchs im Sinne einer schärferen Erfassung der Begriffe der strafbaren Verdringung und Abweisung. Der Industrierrat richtet an das Präsidium und Direktorium des Sanfandbundes die dringende Bitte, möglichst bald im Sinne vorstehender Forderungen bei den maßgebenden Behörden sowie beim Reichstage vorstellig zu werden, und erwartet von den industriellen- und gewerbetreibenden Parteien des Reichstags eine baldige Initiative in dieser Frage, um der durch den übermäßigen Terrorismus der Gewerkschaften verursachten sorgfältigen Bedrohung der Freiheit der unabhängigen Arbeiter baldigst ein Ende zu machen. Er sieht in der Regelung dieser Frage eine der wichtigsten nächsten Aufgaben des Reichstags.“ Diesen Beschlüsse wollen wir keinen weiteren Kommentar mit auf den Weg geben als den, daß er zu einer Zeit gefaßt worden ist, wo das Wort „Streikbrecher“ mit fünf Monaten Gefängnis bestraft, und wo ein Arbeitswilliger, der einen wehrlosen Streikposten erschlagen hat, freigesprochen wird, wie es erst dieser Tage in Deutschland gerichtsnotorisch geworden ist!

**Streikbrecher und Reichsgericht.** Vor kurzem befaßte das Reichsgericht ein Urteil der Erfurter Strafkammer, durch das der Gewerkschaftsangehörige Kröner in Erfurt zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt wurde, weil er einen Streikbrecher „Streikbrecher“ nannte. In der Urteilsbegründung heißt es: „Es handelt sich also um das schlimmste Schimpfwort, das einem Arbeiter gegenüber gebraucht werden kann. In solchem Sinne wird dieser Ausdruck allgemein bei den Streikenden gebraucht, und als Ausdruck der größtmöglichen Verachtung ist er von dem Angeklagten gebraucht worden. Als Ehrverwundungsgründe führte das Gericht dann noch an, daß die Beleidigung während eines Streiks erfolgte, und daß der Angeklagte bereits wegen Streikvergehens bestraft ist.“ Bei der Revisionsverhandlung vor dem Reichsgerichte führte der Verteidiger an, daß zu Unrecht § 185 statt § 186 angewendet worden sei, ferner, daß zu Unrecht dem Angeklagten der Schutz des § 193 nicht zugestimmt sei. Das Reichsgericht erkannte jedoch mit Rücksicht auf die unannehmbaren tatsächlichen Feststellungen auf Verwerfung der Revision. Damit hat das Reichsgericht dieses Urteil als zu Recht bestehend anerkannt, und der Gewerkschaftsbeamte Kröner muß nun fünf Monate ins Gefängnis, weil er die verwerfliche Handlung eines Arbeiters, den Verrat an seinen Kameraden und Fahnenflucht, eine Handlung, die im Kriegesfall sogar mit dem Tode bestraft wird, mit dem Namen bezeichne, der in der deutschen Sprache das einzig Richtige trifft. Und trotzdem gibt es noch Menschen in Deutschland, die einen noch härteren Schutz der Herren „Streikbrecher“, „Arbeitswilligen“ oder „Staatsverhaltenden“ als die dringendste Aufgabe des Reichstags betrachten. Dieses Urteil kennzeichnet mit Flammenschrift die heutige Justiz in Deutschland als Klassenjustiz schlimmster Art, deren Endkonsequenz für die Arbeiterschaft wäre, daß Kameradschaftlichkeit und Treue Skrupellosen, nackten Egoismus im Interesse des Unternehmeriums Maß machen würden, wenn nicht das Streben nach höherer menschlicher Kultur innerhalb der modernen Arbeiterschaft festeren Boden hätte, als es hinter solchen Gerichtsurteilen zu suchen ist.

**Kohlenpreise und Bodenreform.** Die Kohlenschätze Deutschlands bildeten bis zum Jahre 1865 Staatsregale. Der Staat konnte für sich Kohlenfelder reservieren, und wenn er Schürungsrechte an Private verließ, so mußten sie den „Zehnten“ des Bruttoertrags an den Fiskus entrichten. Durch Aufhebung dieser Abgabe wurde aber die Bergwerksgrundrente leichthin dem Privatkapital ausgeliefert. Das Schlammte aber war, daß unter der Lösung „Bergbaufreiheit“ das Gesetz vom 24. Juni 1865 jedem In- und Ausländer das Recht verlieh, auf noch freien Stellen nach Bodenschätzen zu schürfen mit der Bedingung, daß der Staat verpflichtet war, ihm für jede und schreibe 15 Silbergroschen das Mutungsrecht für eine Fläche von über 2 Millionen Quadratmeter Fläche zu verleihen, wenn der glückliche Schürer ein abbaufähiges Lager entdeckte. Nun bedroht zwar das Gesetz bei „Unterlassung des Betriebes“, wenn „nach der Entschliessung des Obergerichtes überwiegende Gründe des öffentlichen Interesses entgegenstehen“, den Besitzer des Mutungsrechtes mit der Entziehung des „Bergwerkeigentums“, wenn er den Betrieb binnen einer Frist von sechs Monaten nicht aufnimmt, aber die Herren Kohlenaktionäre haben es meisterhaft verstanden, so weit die deutsche Kohle unter der Erde reicht, die Oberhoheit des Staates zum bloßen Aufseherposten zu degradieren. Und so sind sie denn, nachdem

sie sich zu manchen Sondikaten vereinigt haben, auch sämtliche Mutungsrechte an sich gebracht, unumhinkende Herren über unsre Kohlenpreise geworden, wobei der Staat sie durch eine verkehrte Preis- und Frachtpolitik noch unterstützt, anstatt ihnen durch billige Kohlenpreise der Staatsbergwerke und billige Einfuhrfrachten für ausländische Kohlen entgegenzuwirken. Daher das konstante Steigen der Kohlenpreise! So kosteten Ruhrkohle an der Schachtmündung 1886 4,66 Mk. pro Tonne, 1907 aber schon 9,52 Mk. Bedenkt man nun, daß allein die Steinkohlenproduktion bis 1912 auf über 177 Millionen Tonnen, also um das Zwölfwache stieg, so läßt sich schwer berechnen, wie groß die Summe ist, die der Kohlenkonsument gegen 1886 den Aktionären hat mehr bezahlen müssen! Die Motivierung der Preissteigerung mit steigenden Löhnen ist nun gerade für den Kohlenbergbau nicht zureichend. Der Jahresdurchschnittslohn war für Obersteinsten im Jahre 1900 983 Mk., 1911 980 Mk., für Rheinland-Westfalen 1900 1592 Mk., 1911 1446 Mk. Der ganze Preisgewinn wandert also in die Taschen der 20, 30 und mehr Prozent Dividenden beziehenden Aktionäre, sehr zum Schaden nicht nur der Bergarbeiter, sondern auch unserer Industrie und eines jeden Hausstandes. Durch Einschränkung der Zahl der Betriebe — wodurch ganze Ortschaften brotlos gemacht worden sind — und technische Verbesserungen wird aber bei steigender Produktion das Geschäft nur noch lukrativer gemacht, ohne daß der Staat sich auf seine verfluchte Pflicht und Schuldigkeit besinnend, das Mutungsrecht bei Nichtförderung aufzuheben, wenn das öffentliche Interesse darunter leidet! Unre feuren, die englischen bereits übersteigenden Steinkohlenpreise haben ein Steigen der Braunkohlenförderung, die 1912 bereits über 89 Millionen Tonnen betrug, hervorgerufen, und viele Fabriken haben, um an Brennmaterialien sparen zu können, dafür besonders geeignete neue Kesselanlagen gebaut. Besonders wird die Braunkohle aber für die Erzeugung elektrischer Energie der Überlandzentralen noch eine sehr große Bedeutung haben. Und da kommt plötzlich die Nachricht, daß nunmehr auch die deutsche Braunkohlenproduktion monopolisiert werden soll, und zwar durch den böhmischen Braunkohlenmagnaten Pelschek, der mit Hilfe von Wiener Banken überall sonst deutsche Braunkohlentage aufkauft, daß er dadurch einen ausschlaggebenden Einfluß auf unsre Braunkohlenpreise gewinnen muß. Das bedeutet eine neue ungeheure Belastung unsres ganzen Wirtschaftslebens, und zwar noch zugunsten ausländischen Kapitals! Denn man vergesse doch nicht, daß unsre Braunkohle das Material zu den Bricks liefert, die schon jetzt so teuer sind, daß in den meisten kleineren Hausfassungen im Winter die Stuben gar nicht oder nur sehr ungenügend geheizt werden. Die ganze Familie kauert sich in der Küche zusammen, weil Kohlen gepart werden müssen! Und dazu kommt die allenthalben steigende Arbeitslosigkeit, die mit eine Folge der unablässig steigenden Kohlenpreise ist. Denn ohne billige Kohlen wird es unsrer Industrie immer schwerer, mit ihren Erzeugnissen auf dem Weltmarkt zu konkurrieren, geschweige denn neue Absatzgebiete zu erobern! In Erkenntnis dieser Sachlage hat der Bund Deutscher Bodenreformer auf der diesjährigen Tagung in Strahburg seinen Vorkand beauftragt, eine Eingabe an Regierung und Volksvertretung auszuarbeiten, damit der unsrer Braunkohlenindustrie drohenden Gefahr entgegengetreten werde, solange es noch nicht zu spät ist. Denn Deutschlands Bodenschätze bilden vorwiegend das tägliche Brot seines Volkes und sind nicht dazu da, um in den Taschen der Herren Aktionäre immer höhere Dividenden zu heften, während das Volk gezwungen wird, zu hungern und zu frieren!

## Briefkasten.

R. B. in Br.: Mit Dank erhalten. — Nach Oppeln: Na ja, wie von Königsblüte; Gesellschaft vermag kein wahres Wort über die Lippen oder aus der Feder zu bringen. Wenn der Bündler Schwendekling einen Lehrling nach erst anderthalb Jahren Jungzugehörigkeit bei der Arbeit in der Druckerei über den sogenannten Organisationsstreik in unsern Gewerbe „aufklar“, so ist das Baumfrosch, verliert nach Rezept aus der Berliner Gießkiste. Aber nichts weiter bringen im „Korr.“ darüber, genügt. — R. B. in S.: Wenn wir einmal mehr Zeit haben als gegenwärtig, so sollen Ihnen einige Zeilen gehen, aus denen Sie dann hoffentlich die Erkenntnis gewinnen werden, daß jedes Ding mindestens zwei Seiten hat und demgemäß nicht nur von einer betrachtet werden darf. — S. M. in W.: Danken für Ihre Mitteilungen. Es wäre uns erwünscht, wenn Kollege D. seine Absicht ausführen und uns bald darüber einen Artikel schreiben würde. — Nach München: Dem „Gewährsmann“ des „Bayerischen Kurier“ (nicht „Courier“) wäre der von ihm dem Tarifamt gemachte Vorwurf der „Wortklaubeereien und Entstellungen“ mit Zinseins zurückzugeben. Diese Demagogie kennt man ja in ihrer Herkunft; da wird aus Schwarz für den Gutenbergsbund Weiß gemacht. Unfern Artikel gegen die „Soziale Praxis“ in voriger Nummer könnte der brave Zentrumsmann sich einmal zu Gemüte führen. — R. M. in B.: Glauben Sie den Kernpunkt herausgeschält und auch den „Spp.“ kurz und erbaulich dabei bedacht zu haben. — L. M. in S.: Den Artikel werden wir zurücklegen und bei passender Gelegenheit, d. h. wenn einmal aktuelle Sachen nicht so drängen, bringen. Dann soll unterdessen das dazu gelangt werden, was aus verschiedenen Gesichtspunkten bei dieser Frage nicht übersehen werden darf. So einseitig, wie Sie die Angelegenheit behandeln, darf sie nicht angefaßt werden; sie ist aber selbst unter dem von Ihnen beliebigen Gesichtswinkel alles andre denn einfach. — R. S. in Duisburg: 4,25 Mk. — R. M. in Remel: 2 Mk. — R. M. in Breglach: 4,85 Mk. (Siegler eine Beilage)

# Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Einzelnummern 5 Pfennig das Exemplar, solche mit älterem Erscheinungsdatum bis zu 25 Pfennig.

Beilage zu Nr. 132 — Leipzig, den 13. November 1913

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

## Verband der Deutschen Buchdrucker Bilanz am 30. September 1913

Einnahmen				Ausgaben			
An Saldo vortrag vom 30. Juni 1913				Per Unterfützungen, Verwaltung usw.			
„ Einschreibegeld, Beiträgen usw. in den Gauen im 2. Quartale 1913				„ Saldo vortrag für 1. Oktober 1913			
Summa				Summa			
	M	ℳ	ℳ		M	ℳ	ℳ
	10160929	28			908728	ℳ	ℳ
	1121291	36			10373491	80	
	11282220	64			11282220	64	

Der Saldo von 10373491,80 Mk. setzt sich zusammen aus 9707906,40 Mk. in Wertpapieren, deren Ankaufswert 9648857,30 Mk. beträgt, 436341,44 Mk. in bar und 229243,96 Mk. Vorschub in den Gauen für 3. Quartale 1913 (137243,96 Mk. zurückbehalten und 92000 Mk. gefandt).

Berlin, den 29. Oktober 1913.

Gustav Gifler, Hauptkassierer.

Vorstandender Kassenabschluss ist revidiert, in gehöriger Ordnung befunden und der buchmäßige Tagesabschlussbestand von 493940,11 Mk. in Belegen und Kasse festgestellt worden.

Vorstandender Abschluss wurde von mir geprüft und ist mit den ordnungsmäßig geführten Büchern in Übereinstimmung gefunden.

Berlin, den 2. November 1913.

Berlin, den 7. November 1913.

Die Revisionskommission:

Ernst Gerlach, Eugen Segus, E. Gordian.

Max Henninger, gerichtlicher Bücherrevisor

beim Königl. Kammergericht und den Königl. Landgerichten I, II und III zu Berlin.

### Quittung über im 2. Quartale 1913 in den Gauen eingegangene und verausgabte Gelder

Gau:	Einnahmen					Ausgaben																				
	Einschreibegeld	Ordnentliche Beiträge	Ordnungsstrafen	Vor resp. Zuschuß für 2. Quartale 1913	Zusammen	Unterstütz. an Reisende	Unterstützung an Arbeitslose	Unterstützung nach § 2 der B.-Beschlüsse u. Umzugssk.	Unterstützung an Kranke	Unterstütz. an Invaliden	Begräbnisgeld	Verwaltung usw.	Zurückbehalten Vorschub für 3. Quartale 1913	An die Hauptkassie eingesandt												
Bayern	26	74159	05	18	20	6000	80202	25	14554	60	24583	—	973	—	17219	80	8404	—	3100	—	3816	81	7551	04	—	—
Berlin	89	167661	60	174	80	1114	169039	60	1648	40	73906	75	1039	—	56303	45	18779	75	8900	—	8462	25	—	—	—	—
Dresden	18	35516	50	—	—	8000	43534	50	2464	70	16717	50	541	—	11058	60	5523	25	1800	—	1780	20	3000	—	649	25
Elßaß-Lothringen	9	16846	20	1	40	3803	20660	34	1169	—	2939	75	392	—	4146	10	2208	25	1100	—	842	83	3362	41	4500	—
Erzgebirge-Vogtland	24	24489	60	30	80	6000	30544	40	2493	20	6685	50	587	—	3831	80	1046	50	250	—	1358	95	7500	—	6791	45
Frankfurt-Selßen	33	41147	40	4	20	2000	43184	60	3056	50	8775	50	473	—	9486	40	1888	25	350	—	2059	23	10000	—	7095	72
Hamburg-Altona	15	39198	—	—	—	—	39213	—	1532	50	15948	25	280	—	5532	80	3094	50	1049	50	1960	65	9000	—	814	80
Hannover	21	39323	10	—	—	5000	44344	10	5154	35	11692	—	470	—	7364	60	6524	—	550	—	1967	20	10621	95	—	—
Leipzig	16	85307	80	9	—	—	85332	80	2079	—	31697	—	580	—	22398	60	10785	75	1450	—	4262	20	10000	—	2080	25
Mecklenburg-Lübeck	2	9888	50	12	25	2023	11925	85	1167	95	1493	25	40	—	1555	40	1433	25	—	—	494	53	3641	47	2100	—
Mittelrhein	25	46654	90	16	40	—	46696	30	3242	85	8576	—	864	—	10200	70	4565	—	1650	—	2334	80	9000	—	6262	95
Nordwest	7	19337	40	6	—	4000	23350	40	2022	15	2616	50	253	—	4995	70	1373	50	537	40	967	52	7000	—	3586	63
Oberrhein	8	20903	20	21	—	4500	25432	20	3899	50	3287	—	506	—	4762	80	1501	50	300	—	1046	61	8000	—	2128	79
Oder	21	33581	05	—	—	4000	37602	05	3550	70	8660	50	619	—	6014	40	1693	50	700	—	1680	10	8000	—	6683	85
Osterrhein-Schüringen	19	36112	15	18	60	5000	41149	75	4415	—	7717	—	810	—	7023	20	2684	25	550	—	2113	58	7000	—	8836	72
Ostpreußen	5	11043	20	—	—	—	11048	20	204	15	1719	25	222	—	2016	—	1979	25	100	—	552	41	—	—	4255	14
Posen	6	7082	—	—	—	3884	10976	20	198	30	1676	25	82	—	1628	90	402	15	150	—	354	61	4900	—	1583	99
Rheinland-Westfalen	116	116604	85	32	45	—	116753	30	6178	55	23643	—	2470	—	25428	85	3639	50	1100	—	5837	65	—	—	48555	75
An der Saale	16	45346	10	7	—	4052	49421	89	2863	65	15176	—	795	—	9019	90	2116	50	450	—	2268	46	11541	38	5191	—
Schlesien	32	38269	15	32	20	1875	40208	60	2598	45	10264	75	879	—	8677	90	4426	—	850	—	1913	90	10353	10	245	50
Schleswig-Holstein	2	15102	55	—	—	1000	16104	55	1694	55	2355	—	144	—	2688	—	1954	—	250	—	757	55	2000	—	4261	45
Westpreußen	6	8057	50	—	—	—	8063	50	273	—	2046	50	298	—	1617	—	591	50	—	—	518	23	1419	22	1300	—
Württemberg	23	51542	20	21	—	—	51586	20	2625	—	8771	25	697	—	15682	80	7628	50	2950	—	2578	26	1653	39	9000	—

Anmerkung: Die Rückzahlungen und Nachzahlungen sind den ordentlichen Beiträgen, Ausgaben für Rechtschutz und die sonstigen Ausgaben in den Gauen den Verwaltungskosten hinzugerechnet. — Gesamtzahl der steuernden Mitglieder: 69974.

### Bewegungsstatistik des Verbandes der Deutschen Buchdrucker im 2. Quartale 1913

Gau:	Eingang der Abrechnung	Mittgliederstand des 1. Qu. 1913	Neu eingetretene	Wieder eingetretene	Zum Beschl. zurück	Zugereit	Von Militär	abgereit	Sum. Militär	ausgetreten	Ausgeschlossenen	Von Beruf ab	Unentlohnt	Gestorben	Konditionslos am Orte		Vorübergehend Erwerbsunfähige	
															Mitgl.	Tage	Mitgl.	Tage
Bayern	9./8.	5144	63	3	3	188	1	262	1	4	16	9	13	5095	700	21624	559	12430
Berlin	4./9.	12071	258	28	3	146	3	341	7	60	24	14	21	12042	2156	75418	1510	43512
Dresden	22./9.	2462	139	3	1	94	17	183	17	5	12	—	3	2490	426	13850	283	8102
Elßaß-Lothringen	12./9.	1131	39	—	—	35	—	44	1	2	5	1	3	1149	92	3483	136	3081
Erzgebirge-Vogtland	28./7.	1636	109	6	1	68	—	152	—	2	8	6	—	1651	189	5610	120	2737
Frankfurt-Selßen	23./9.	2808	139	3	—	120	2	134	—	4	28	9	1	2894	404	10293	286	6965
Hamburg-Altona	19./7.	2651	101	7	2	67	15	134	15	1	4	7	2	2679	452	11936	199	4078
Hannover	5./9.	2729	128	8	—	87	1	93	—	—	4	6	1	2848	305	9232	235	5371
Leipzig	9./9.	5907	144	5	1	162	58	240	97	4	1	10	3	5915	943	24906	539	17556
Mecklenburg-Lübeck	9./8.	644	25	2	—	30	—	38	—	—	3	—	—	660	66	1294	53	1111
Mittelrhein	21./8.	3123	112	7	4	219	4	269	2	3	8	4	2	3175	322	7513	315	7781
Nordwest	6./9.	1274	50	1	—	103	—	115	1	1	4	2	2	1302	120	2261	153	3648
Oberrhein	29./8.	1387	63	2	—	98	—	132	—	3	3	—	—	1410	126	3148	127	3380
Oder	27./9.	2263	116	3	1	244	—	322	—	3	8	4	2	2236	298	6796	239	4914
Osterrhein-Schüringen	2./9.	2342	118	6	—	129	1	199	2	6	3	5	1	2377	277	6315	246	5229
Ostpreußen	25./8.	730	26	—	—	24	—	27	—	1	1	1	—	748	62	1725	71	1622
Posen	25./8.	471	17	2	—	47	—	44	—	—	6	—	1	484	34	1276	50	1218
Rheinland-Westfalen	17./9.	7762	332	35	5	314	1	427	—	15	54	36	3	7906	749	17293	793	18180
An der Saale	16./9.	3031	166	6	—	158	1	264	—	6	3	6	2	3080	515	11973	35	2225
Schlesien	2./9.	2606	132	5	2	224	—	271	—	6	8	1	2	2678	352	9113	263	6440
Schleswig-Holstein	9./8.	981	34	—	1	62	—	97	—	2	1	2	—	975	74	1610	76	1920
Westpreußen	19./9.	559	15	2	2	32	—	35	—	—	3	1	—	571	79	1934	48	1246
Württemberg	28./7.	3512	139	6	1	94	—	127	—	6	16	8	2	3583	318	6884	427	11202
Summa		67224	2465	140	27	2745	105	3950	136	81	259	142	42	67998*	9050	255507	6766	173948

\* Die Bewegungsstatistik der sich auf der Reise befindlichen (hier nicht einbezogenen) Mitglieder siehe „Korr.“ Nr. 64, 80 und 94 von 1913. — Am Schlusse des 2. Quartals 1913 verblieben auf der Reise 1049 Mitglieder, der Gesamtmitgliederstand betrug demnach am 30. Juni 1913: 69974.

### Auszug aus den Protokollen der Vorstandssitzungen im zweiten Quartale 1913.

1. § 2-Unterstützung. Für 3 Mitglieder im Gau Dresden, 4 Mitglieder im Gau Elßaß-Lothringen, 3 Mitglieder im Gau Hamburg-Altona, 2 Mitglieder im Gau Leipzig, 1 Mitglied im Osterrhein, 4 Mitglieder im Gau Schlesien, 1 Mitglied im Gau An der Saale, 2 Mitglieder im Gau Württemberg, die infolge Tarifforderungen die Kon-

dition verloren, bewilligte der Vorstand die Unterfützung nach § 2 der Beschlüsse b bzw. eine einmalige Abreiseunterfützung.

2. Umzugskosten. Einen Beitrag zu den Kosten ihres Umzugs erhielten im Gau Bayern 16, Berlin 12, Dresden 11, Elßaß-Lothringen 1, Erzgebirge-Vogtland 14, Frankfurt-Selßen 8, Hamburg-Altona 4, Hannover 11, Leipzig 11, Mecklenburg-Lübeck 1, Mittelrhein 24, Nord-

west 3, Oberrhein 6, Oder 13, Osterrhein-Schüringen 12, Ostpreußen 8, Posen 1, Rheinland-Westfalen 58, An der Saale 22, Schlesien 16, Schleswig-Holstein 6, Westpreußen 2, Württemberg 10, zusammen 264 Mitglieder.

3. Krankenunterstützung. Wegen Bergehens gegen die Bestimmungen für vorübergehend Erwerbsunfähige (Kranke) wurden im Gau Bayern 3, Berlin 44, Elßaß-Lothringen 1, Erzgebirge-Vogtland 2, Frankfurt-Selßen 1,

Leipzig 3, Mecklenburg-Lübeck 4, Mittelheln 8, Nordwest 3, Oberriem 4, Osterland-Thüringen 4, Rheinland-Westfalen 4, An der Saale 4, Schlesien 6, Württemberg 4 (zusammen 97 Mitglieder) mit teilweisem bzw. gänzlichem Entzuge der Unterfertigung bestraft.

4. Rechtschutz wurde einem Mitglied im Gau Westpreußen bewilligt.

5. Invalidentunterstützung. Gemäß den Bestimmungen des Vorstandes vom 2. November 1908 wurden als dauernd Erwerbsunfähige (Invaliden) anerkannt und denselben die betreffende Unterstützung bewilligt: im Gau Bayern: 1. der 64jährige Seher Joseph Simmelstoss aus Cham (Arterienverhärtung), 2. der 65jährige Drucker Anton Kaiser aus Rain a. L. (Herzmuskelerkrankung und Fußleiden), 3. der 62jährige Drucker Hermann Neßler aus Görlitz (Arterienverhärtung und Herzkrankung), 4. der 57jährige Seher Johann Wilhelm aus Nürnberg (Gehirnleiden); im Gau Berlin: 5. der 49jährige Seher Georg Wrend aus Külfirin (allgemeine Nervenschwäche, nervöses Herzleiden und Fettleibigkeit), 6. der 67jährige Seher Adolf Carl aus Berlin (chronische linksseitige Ischias, Muskelshwund, starke Gefäßverhärtung), 7. der 48jährige Gießer Franz Falkenberg aus Berlin (Nähmung infolge von Wirbelsäulenerkrankung), 8. der 43jährige Seher Karl Kroll aus Groß-Varrenberg (chronisches Lungen- und Herzleiden, starke Wirbelsäulenerkrankung), 9. der 54jährige Drucker August Rittershaus aus Dornum (große Herzerweiterung und Herzklappenfehler), 10. der 35jährige Drucker Oskar Roddan aus Charlottenburg (Beklemmungen auf der Brust, Schwäche in beiden Armen und leichte Erregbarkeit), 11. der 47jährige Seher Fritz Schulz aus Berlin (Gehirn- und Rückenmarksleiden), 12. der 42jährige Drucker Emil Schulze aus Potsdam (Rückenmarksleiden), 13. der 38jährige Seher Julius Steinmetz aus Berlin (Hals- und Lungenleiden), 14. der 47jährige Seher Adolf Stengel aus Berlin (Nierenschwund, beginnendes Rückenmarksleiden, Blafffüße); im Gau Dresden: 15. der 54jährige Seher Friedrich Hermann Jungnickel aus Zittau (Herzfehler, Blutkreislaufstörungen und nervöse Reizbarkeit), 16. der 66jährige Seher Friedrich Möller aus Dyrhuff b. Coscha (allgemeine Nervenschwäche), 17. der 53jährige Drucker Franz Schönfelder aus Dresden (Herzleiden); im Gau Hamburg-Altona: 18. der 75jährige Seher Heinrich Göde aus Hamburg (chronisches Herzleiden); im Gau Hannover: 19. der 29jährige Seher Otto Hennig aus Hannover (Lungenkatarrh); im Gau Leipzig: 20. der 52jährige Drucker Hermann Schneider aus Leipzig-Volkmarndorf (Sehnervenentzündung), 21. der 67jährige Seher Emil Gottschalk aus Leipzig (Arteriosklerose), 22. der 48jährige

Seher Friedrich Paach aus Prenslau (Lungeninfektulose); im Gau Mittelheln: 23. der 53jährige Seher Ludwig Becht aus Mainz (Schlaganfall), 24. der 68jährige Seher Franz Zimmer aus Wadernheim (Schlaganfall); im Gau Nordwest: 25. der 72jährige Drucker Friedrich Sieger aus Römhild (Nehbaufblutungen der Augen); im Gau Osterland-Thüringen: 26. der 25jährige Seher Albert Coorbes aus Eisenach (Bronchialkatarrh); im Gau Polen: 27. der 36jährige Seher Fritz Göde aus Bromberg (Anpuffung des rechten Unterleibes); im Gau Rheinland-Westfalen: 28. der 26jährige Seher Franz Kuhne aus Pöskelen (Lungenphthise), 29. der 53jährige Seher Fritz Stinck aus Duisburg (chronischer Rheumatismus), 30. der 24jährige Seher Heinrich Vohardt aus Ikenstadt (hochgradige Epilepsie); im Gau An der Saale: 31. der 27jährige Seher Franz Schlotte aus Lefzin bei Halle (chronisches Lungenleiden), 32. der 34jährige Seher Karl Fischer aus Rabewell bei Halle (zentrale Nehhaut- und Nervenentzündung beider Augen); im Gau Schlesien: 33. der 69jährige Seher Hermann Mehner aus Glatz (ererbte Kurzsichtigkeit mit Starbildung beider Augen), 34. der 29jährige Drucker Gustav Tessin aus Bismar (Gicht); im Gau Württemberg: 35. der 36jährige Seher Eugen Gausl aus Stuttgart (Epilepsie), 36. der 56jährige Seher Paul Spandel aus Ebersberg (Lungeninfektulose), 37. der 66jährige Seher Konrad Wendler aus Erlangen (Kurzsichtigkeit und Starbildung). — Invalidentstand: Übernommen vom 1. Quartale 1913: 940, neu hinzugekommen 37 = 977 Invaliden; hiervon Abgang 31 (gestorben 26, außer Bezug getreten 5), bleibt Invalidentstand am 1. Juli 1913: 946.

6. Geschäftsverkehr in den Monaten April bis Juni: 2030 eingegangene und 1598 abgegangene Postsendungen.

### Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamioplatz 5 II, Fernsprecher: Amt Kurfürst, Nr. 1191.

**Bezirk Kottbus.** Der von Kottbus ohne Angabe seines neuen Konditionssorters abgereifte Drucker Hermann Marfin (Hauptbuchnummer 2480) wird hiermit aufgefordert, zwecks Begleichung seiner hinterlassenen Reste sich mit dem Bezirkskassierer Richard Urban, Sandower Hauptstraße 19 III, bis spätestens den 27. November d. J. in Verbindung zu setzen, widrigenfalls Ausschluß erfolgt. Die verehrlichen Funktionäre werden gebeten, M. auf diese Notiz aufmerksam zu machen.

**Gießen.** Behufs Klarstellung einer Schiedsgerichtssache wird der Schweizerdegen Gustav Fischer aus Königsberg i. Pr. (Hauptbuchnummer 45086) gesucht, seine Adresse anzugeben. Die Herren Funktionäre werden gebeten, denselben darauf aufmerksam zu machen, eventuell eine Mitteilung an M. Holland, Bismarckstraße 17 III, gelangen zu lassen.

**Zur Aufnahme gemeldet**  
(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die beigeigte Adresse):  
In Arzberg der Seher Richard Bauer, geb. in Ebersbach 1895, ausgl. in Bohenstrauß 1913; war noch nicht Mitglied. — In Erlangen der Seher Hans Limmerl, geb. in Erlangen 1892, ausgl. da. 1909; war schon Mitglied. — In Neudörfing der Seher Ignaz Seifl, geb. in Neudörfing 1896, ausgl. in Viechtach 1913; war noch nicht Mitglied. — In Nürnberg der Schweizerdegen Ludwig Schneider, geb. in Ermsershausen 1883, ausgl. in Schweinfurt 1900; war noch nicht Mitglied. — Joseph Seifl in München, Solzstraße 24 I.

**Arbeitslosenunterstützung.**  
**München.** Die Herren Reisekasserverwalter werden gebeten, dem auf der Reise befindlichen Seher Karl Trapp aus Würzburg (Hauptbuchnummer 28983) zwei Tage der Reiseunterstützung hinzuzuschreiben. Betr. Notiz wolle man im Buche vermerken.

**Veranstaltungskalender.**  
**Altenburg.** Versammlung heute Donnerstag, den 13. November, abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftsheim“.  
**Annaberg-Buchholz.** Versammlung Sonnabend, den 15. November, abends 8 Uhr, im Vereinslokal.  
**Barmen.** Versammlung Sonnabend, den 15. November, abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftsheim“, Paradenstraße.  
**Frankfurt a. M.** Bezirksversammlung heute Donnerstag, den 13. November, abends 7 Uhr, im „Bürgerhalle“, Berger Straße 161.  
**Kaiserslautern.** Versammlung Freitag, den 14. November, abends 8 1/2 Uhr, in der „Brauerei Orth“.  
**Kottbus.** Mahlinenmeisterbezirksversammlung Sonntag, den 7. Dezember, vormittags 10 Uhr, im „Schloß“ in Kottbus. Anträge bis 21. November an den Vorhänden.  
**Potsdam.** Versammlung Sonnabend, den 15. November, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant Kaiser-Wilhelm-Straße 38.  
**Radeberg.** Versammlung Sonnabend, den 15. November, im „Mühler Hofe“.  
**Rudolstadt.** Versammlung Sonnabend, den 15. November, abends pünktlich 8 Uhr, im „Gambrius“.  
**Saarbrücken.** Außerordentliche Versammlung Sonntag, den 16. November, vormittags 9 1/2 Uhr, im „Stoll“, Gerberstraße 24.  
**Zittau.** Bezirksversammlung Sonntag, den 16. November, vormittags 10 Uhr, im Saale des „Volkshauses“ in Zittau.

## Gau Osterland-Thüringen

Zur Erlangung von Entwürfen zu einer Neujahrskarte für den Gauvorstand wird hiermit ein Wettbewerb für die Gaumitglieder ausgeschrieben. Bedingungen: Einseitige Karte; Format ungefähr 10x16 cm; zwei Farben; Text wie üblich (etwa 15 Wörter). Es kommen drei Preise von 10, 5 und 3 M. zur Verteilung. Die Drucklegung eines Entwurfs wird vorbehalten. Die Einreichung hat in der üblichen Weise (Entwurf und Entwurfsadresse getrennt in je einem Umschlag mit Steinwort) zu geschehen, und zwar bis spätestens den 6. Dezember an den Gauvorstand. [67]

### Rohnender Nebenverdienst

Suche für jeden Ortsverein resp. größere Buchdruckerei  
**Strehjamen Vertreter**  
für Aphen, Pinjetten usw. bei sehr hoher Provision.  
Kollege S. Mathaeus, Weßlau, Volkach.

### Galvanoplastiker

in allen vorkommenden Arbeiten durchaus erfahren, gesucht.  
Norddeutsche Altschneefabrik, Range & Moll, Hamburg I.

### Welthilssprache

Der Deutsche Arbeiter-Weltsprache-Bund vermittelt Gauevereine und größeren Mitgliedschaften Vorträge über die Welthilssprache, speziell die wissenschaftlich anerkannte Welthilssprache „Dob“. Nähere Auskunft sowie Lehrmittel durch die Geschäftsstelle des Bundes: Leipzig bei Köthlen (Ansbalt) Nr. 67 a. [639]

### Buchdruckaufkündigung u. Papierkunde

Anfänger- und Fortbildungskurse, lehrere mit Vorbereitung für die Meisterprüfung. Beginn zu jeder Zeit. Prospekte kostenlos.  
Kaufmannsbureau, Berlin SW 61.

100 hochfeine 7er Zigarren 6 M., 300 St. 15 Nk. franco gegen Nachn. Garantie: Rücknahme.  
100 hochfeine 10er Zigarren 8,50 M., 300 St. 22,50 M. franco gegen Rücknahme. [661]

### Zurichtmesser und Scheren

Abziehseile, Büchsen (Kassette), Fensterker und Durchschläge, Schutzanzüge für Maschinemeister empfiehlt H. Stegl, München 2, Holzstraße 7. Katalog gratis. [460]

### Glensburg

Sonnabend, 15. November, abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftsheim“: Monatsversammlung. Tagesordnung: 1. Marktbericht; 2. Abrechnung; 3. Bericht vom „Gewerkschaftsheim“; 4. Berichtedenes. [665]

### Gabelberger Stenographie ist Buchdruckerstenographie!

Stenographieunterricht. (Gabelberger) erteilt briefl. sicher u. leicht im Auftrage der Vereinigung stenographieliebender Buchdrucker in Deutschland: A. Kuch, Stamm i. Weßl. [641]

### Verein der Stereotypen- und Galvanoplastiker im Gau Dresden

Sonntag, den 16. November, nachmittags 4 Uhr, in Schnabls Gasthaus, Kleine Plauenische Gasse 2:

### Monatsversammlung

Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen Freitag: „Die Entwicklung des Tief- und Offsetdrucks“; 2. Eingänge und Vereinskasseneinlage; 3. Technisches und Beschiedenes. [669]

Anlässlich des 15jährigen Bestehens des Vereins findet anschließend an die Versammlung noch eine kleine Nachfeier statt. Zahlreiches Erscheinen erwartet.  
Der Vorstand.

### Graphische Vereinigung Dresden

Freitag, den 14. November, abends 8 1/2 Uhr:  
**Versammlung**  
im Vereinslokal, „Kaulbachhof“, Kaulbachstraße 23.

### Ludwig Fischer

aus Moritz, gib sofort Deine Adresse an W. D. Martendorff. [674]

### Fritz Kistig

gib sofort Deine Adresse an Deinen Bruder Moritz!  
Für die vielen Beweise der Ehrungen, die uns von nah und fern bei Gelegenheit unseres 50jährigen Berufs- und 40jährigen Verbandsjubiläums zugegangen sind, sagen wir allen, besonders dem Bezirke Bochum und dem Gauvorstande, unsern herzlichsten Dank!  
Bochum, 8. November 1913.  
Wilhelm Ringelstep, Joseph Wilmers, Heinrich Filschenau, Otto Bugel. [675]

Den Leitern des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, dem Vorhänden des Berliner Vereins sowie allen Kollegen und Freunden, die meiner durch Gratulationen und Ehrungen in so reichem Maß anlässlich meines 80. Geburtstages gedacht, hierdurch herzlichsten Dank.  
Berlin, 7. November 1913. Wilhelm Biedel. [668]

### 200 Beklameinferevorlagen 2 Mk. Nachn.

G. W. Kramer, Essen, Birgittastraße 13.

## Dresdner Buchdruckerergangverein

Sonnabend, den 15. November, im großen Saale des „Volkswohlf“ (Eingang Oststraße):

### Weiteres Orchesterkonzert

vom Freiherrlich von Burgker Bergmusikcorps (Leitung: Musikdirektor G. Schürberg)  
Mitwirkung: Dresdner Originalhornist Richard Mecker und Vortragskontrabaß Maria Wallory  
Einlaß 7 Uhr — Im Nebenraume Besorgung zweier Schweine — Anfang 8 Uhr  
Nach den Vorträgen Ball bis 2 Uhr  
Eintrittskarten a 30 Pf. beim Verwalter S. Steinbrück, Mahldienstraße 7, und durch die aktiven Mitglieder [647]

Am 9. November verstarb plötzlich und unerwartet unser allverehrter Seniorchef, der Buchdruckereibesitzer, Herr Stadtdirektor  
**J. F. Rohr**  
[676]  
Der Dahingegangene war uns allen ein gültiger Prinzipal und werden wir sein Andenken stets in Ehren halten.  
Vegejack. Das Personal der Firma J. F. Rohr.

Am 7. November verstarb nach langem Leiden unter werkes Mitglied, der Vortraktor  
**Otto Schneider**  
[663]  
im Alter von 44 Jahren.  
Ein ehrendes Andenken wird ihm stets bewahren  
Der Bezirksverein Dulsburg.

Am 7. November verstarb nach langem, schwerem Leiden bei seinen Eltern in Leipzig unser werkes Mitglied, der Seher  
**Bruno Krehjchmar**  
[662]  
aus Leipzig, im Alter von 26 Jahren.  
Ein ehrendes Andenken wird ihm stets bewahren  
Der Ortsverein Döbeln.

Am Freitag, dem 7. November, verstarb nach langem, schwerem Leiden unser lieber Kollege, der Sterektor  
**Otto Schneider**  
[664]  
aus Pankow, im Alter von 44 Jahren.  
Wir werden ihm allezeit ein kreues Andenken bewahren.  
Der Ortsverein Ruhdorf.

Am 5. November verstarb nach schwerem Leiden unser lieber Kollege, der Seher  
**Karl Pfeiffer**  
[666]  
im 42. Lebensjahre. Sein aufrichtiger Charakter und sein kollegiales Wesen sichern ihm ein ehrendes Andenken.  
Ortsverein Memel (Ostpr.).